

V0099/24

Nachhaltigkeitseinschätzung für Beschlussvorlagen - Ende der Testphase und künftige Handhabung

(Referent: Oberbürgermeister Dr. Scharpf)

Antrag:

Zur Umsetzung der beschlossenen Nachhaltigkeitsstrategie wird eine Nachhaltigkeitseinschätzung als Bestandteil von Beschlussvorlagen über die Testphase hinaus dauerhaft beibehalten. Die Nachhaltigkeitseinschätzung als Bestandteil von Beschlussvorlagen wird künftig nur noch die Gesamteinschätzung des Vorhabens enthalten.

Der Bewertungsbogen zur Nachhaltigkeitseinschätzung wird nicht mehr in den Beschlussvorlagen enthalten sein, sondern um den Klimacheck (Ziffer 8 des Beschlusses V0321/22) erweitert und dient künftig als Ausfüllleitfaden um zur Gesamteinschätzung des Vorhabens zu gelangen.

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit	14.03.2024	Vorberatung
Stadtrat	10.04.2024	Entscheidung

Stadtrat vom 10.04.2024

Stadtrat Lipp betont, dass die AfD-Stadtratsfraktion die Beschlussvorlage aus drei Gründen ablehnt. Diese schränke nach seinen Worten das politische freie Mandat ein und weiter handle es sich um ein Bürokratiemonster. Die Verwaltung sei nach wie vor belastet und brauche immer wieder neue Stellen. Es solle aber Bürokratie abgebaut werden. Ihren Abbau beauftrage auch die bayerische Staatsregierung und insofern lehne seine Fraktion dies ab.

Stadtrat Höbusch merkt an, dass seine Fraktion der Beschlussvorlage zustimmen werde, denn die gesamte Nachhaltigkeitseinschätzung basiere auf einem Antrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus dem Jahr 2018. Die Vorlage referiere schon, dass es innerhalb der verlängerten Testphase zu einer verstärkten Bewusstseinsbildung innerhalb der Stadtverwaltung, ohne einen zusätzlichen Stellenaufbau, gekommen sei. Die Vorlage zeige eine Verschlankung des gesamten Prozesses. Die bewusstseinsbildenden Elemente im Hinblick auf die 17 Nachhaltigkeitsziele, welche auch in der Nachhaltigkeitsagenda verabschiedet worden seien, seien sehr wohl vorhanden und sollten auch weiter fortgeführt werden. Das Augsburger Modellprojekt, auf das man sich im Jahr 2018 bezogen habe, sei explizit durch ein Modellprojekt des bayerischen Umweltministeriums ins Leben gerufen worden. Augsburg habe sich dies nicht frei ausgedacht, denn dies sei eine Initiative des Umweltministeriums gewesen. Die Nachhaltigkeitseinschätzung aus den Jahren 2018 bis 2022 der Stadt Augsburg, die einen ähnlich ausführlichen Katalog wie Ingolstadt habe, spreche auch von ganz wesentlichen Vorteilen für die Verwaltung, für den Stadtrat und auch für die Bürgerschaft. Weiter verweist Stadtrat Höbusch auf drei wesentliche Elemente der Evaluation. Im Fazit liege die Stärke der Nachhaltigkeitseinschätzung darin, dass diese das Hauptthema, eben Nachhaltigkeit, ins Licht rücke, aber den Fokus auch auf ökonomische Aspekte legte und damit

Nachhaltigkeitsziele lenkte. Dadurch können auch andere Nachhaltigkeitsziele, die nicht primär im Fokus der Vorlage standen, gestärkt werden. So seien auch ohne explizite Erwähnung die Vorlagen der Verwaltung bewertet und auch die Ausgewogenheit entsprechend betrachtet werden. Weiter heiße dies, dass die Nachhaltigkeitseinschätzung in der Augsburger Auswertung, ein wichtiges Instrument der Bildung für nachhaltige Entwicklung sei. Die Bildung hinsichtlich der nachhaltigen Entwicklung werde genau in der Verwaltungsvorlage betont. Auch sage die Augsburger Evaluation aus, dass die Außenwirkung wichtig sei. Es werde der Öffentlichkeit signalisiert, dass die Stadtverwaltung und die Politik das Thema Nachhaltigkeit ernst nehmen. Weiter schaffe diese Transparenz im Hinblick auf die verschiedenen verfolgten Nachhaltigkeitsziele. Auch in Baden-Württemberg gebe es entsprechende Empfehlungen der Nachhaltigkeitsagenda, so Stadtrat Höbusch. Hier hätten alle Gemeinden ein entsprechendes Hilfsinstrument zur Hand. Ingolstadt sei neben Augsburg in Bayern ein Pilot und vorbildhaft unterwegs. Stadtrat Höbusch betont, dass Ingolstadt strukturiert und nachhaltig agiere und deshalb dieses Instrument weitergeführt werden solle.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf verweist auf die Übertragung im Livestream und merkt an, dass man nur am Rednerpult eingeblendet werde. Wer am Platz sitzen bleibe, werde nicht im Bild übertragen.

Seitens der CSU-Stadtratsfraktion verweist Stadtrat Achhammer auf die die Ausführungen im Planungsausschuss. Seine Fraktion lehne die Beschlussvorlage ab, weil dies nicht zielführend sei. Insgesamt gesehen meine er, dass die Verwaltung und die Stadträte motiviert genug seien, das Thema Nachhaltigkeit natürlich in erster Linie zu verfolgen. Aber dass man zusätzlich irgendwelche Papiere in die Sitzung bringe, auch wenn wie vorgeschlagen in verkürzter Form, sehe er nicht als notwendig.

Stadtrat Stachel sagt, er habe sich bei der letzten Änderung bereits dahingehend geäußert, dass aus Sicht der FW-Stadtratsfraktion der Aufwand zum vorgelegten Informationswert in keinem Verhältnis stehe. Dies sei die verkürzte Form der Verkürzung und es brauche kein Kreuzchen als Hilfsmittel. Seines Erachtens sei jeder Stadtrat so intelligent, sich mit dem anstehenden Thema auseinanderzusetzen. Hier brauche man keine Hilfestellung und insofern solle man dies auch den Mitarbeitern ersparen. Es sei eine viertelte Seite die nicht mehr bedruckt werden müsse. Insofern lehne seine Fraktion dies ab und Stadtrat Stachel hoffe, dass dies damit erledigt sei.

Stadtrat Witty sagte, er habe nun mehrfach das Wort Bürokratie gehört. An Herrn Huber gewandt fragt er nach, welcher Aufwand betrieben werde und ob eine Zeitangabe genannt werden könne.

Das Ergebnis der Umfrage zeigte, so Herr Huber, dass man im Schnitt 23 Minuten für die alte Version benötigt habe. Die verkürzte Form sei noch nicht eingeführt und somit könne hierzu keine Auskunft zur Zeitangabe erteilt werden.

Die ödp-Stadtratsgruppe werde der Vorlage zustimmen, so Herr Köstler. Die verkürzte Form sei für ihn das Minimum, was zum Thema Nachhaltigkeit gemacht werden solle. Allein das Verständnis für die Nachhaltigkeit immer wieder ins Bewusstsein zu rufen, sei für ihn diesen Aufwand auf jeden Fall wert. Wenn man in dieser Runde sage, man benötige dies nicht, weil sowieso daran gedacht werde, dann sei dies das Erste was die Leute vergessen würden.

Stadtrat Dr. Lösel weist nochmals darauf hin, dass ganz Deutschland nach einer Bürokratievereinfachung schreie. Wenn es nun bedeute ein Warnsignal zu setzen, „Achtung – wir wollen Nachhaltigkeit“, dann fühle er sich an die Plakataktion erinnert. Solche Dinge

seien nicht zielführend. Stadtrat Dr. Lösel betont, dass er sehr für die Nachhaltigkeit sei, aber die ganze Verwaltung damit zu beschäftigen und an eine Sitzungsvorlage dies anzuhängen stehe in keinem Verhältnis. Es gebe eh immer nur Sitzungsvorlagen, die entweder total nachhaltig oder überhaupt nicht ablehnbar seien. Insofern frage er sich, wo hier der intelligente Mehrwert sei. Stadtrat Dr. Lösel sei sehr dafür Kampagnen zu machen. Dabei verweist er auf das Klimaschutz-Sanierungsprogramm von Vereinsheimen oder den Bau von großen Wärmepumpen, wie dies andere Städte auch machen. Aber nach dem Motto, einfach nur ein Warnsignal zu setzen, dafür sei die Arbeitszeit der Verwaltung ein bisschen zu wenig.

Bürgermeisterin Kleine wolle auf die Ausführungen von Stadtrat Dr. Lösel eingehen. Eine Nachhaltigkeitseinschätzung werde die Verwaltung ohnehin zu jeder Maßnahme erarbeiten und für eine Entscheidung kurz, knapp und übersichtlich zusammenfassen. Bürgermeisterin Kleine erinnerte daran, dass die Nachhaltigkeitsagenda als Stadtratsbeschluss in Dr. Lösel's Amtszeit auf den Weg gebracht und ein Herzensprojekt des vormaligen Stadtdirektors gewesen sei. Dann sei die Nachhaltigkeitsarbeit mit dem jetzigen Oberbürgermeister gestärkt und verstetigt worden und die Erreichung der Ziele sollten in das Verwaltungshandeln einfließen, um dauerhaft die beschlossene Nachhaltigkeit zu erreichen. Bürgermeisterin Kleine merkt an, dass die Verwaltung diese Informationen und Kriterien ohnehin erarbeite müsse und dies dann im Textteil von Beschlussvorlagen aufgeführt sei. Dies sei zum einen der Selbstanspruch den alle im Handeln haben und auch im Hinblick auf die neuen Herausforderungen, um eben nachhaltig und enkeltauglich zu werden. Bürgermeisterin Kleine betont, dass nicht alles was die Verwaltung mache, gleich „schlechte Bürokratie“ sei. Bei der Nachhaltigkeitseinschätzung würden gezielt die Nachhaltigkeitsindikatoren abgefragt und kurz dargestellt. Sie verstehe, dass eine Entbürokratisierung gewünscht werde. Aber in diesem konkreten Fall treffe dieses Schlagwort nicht, da die wesentliche Veränderung nicht die Nachhaltigkeitseinschätzung an sich sei, sondern ein Verwaltungshandeln, dass mehr Nachhaltigkeit anstrebe und dass man eben auch darstellen muss. Die Einschätzung werde von der Verwaltung jetzt so wie vorliegend vorgeschlagen und daher schlägt Bürgermeisterin Kleine vor, dass auch der Stadtrat diesen Weg unterstützen solle.

Stadtrat Lange meint, wenn man ganz ehrlich sei, stimme man nun darüber ab, ob bei künftigen Beschlussvorlagen zwei Kreuze gesetzt würden oder nicht. Stadtrat Lange frage sich, warum dies überhaupt vom Stadtrat beschlossen werden müsse. Wenn man zur Verwaltung sage, man wolle die Beschlussvorlagen so oder so, dann passiere dies auch so. Aber dieses Thema sei von Anfang an im Stadtrat behandelt worden, insofern sei die heutige Beschlussfassung schon in Ordnung. Wie von Bürgermeisterin Kleine ausgeführt, werde die Nachhaltigkeitseinschätzung bei jeder Beschlussvorlage betrachtet. Insofern sei dies keine zusätzliche Bürokratie.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf sagt, er sehe zusätzlichen Bürokratieaufbau sehr kritisch. Aber dies sei hier nicht der Fall. Ob ein Kreuz gesetzt werden solle, darüber könne man sich streiten, aber die Arbeit werde sowieso gemacht. Es gehe letztendlich auch in gewisser Hinsicht um ein Signal und ein Symbol, dass das Thema der Nachhaltigkeit ernst genommen und bei der Erstellung von Beschlussvorlagen berücksichtigt werde. Ob dort ein Kreuz gesetzt werde, sei völlig unerheblich. Eine Ablehnung ändere nichts an der tatsächlichen Vorgehensweise.

Der Antrag wird mit 21:21 Stimmen **abgelehnt**.

